



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON
UNDOCUMENTED MIGRANTS

Vierteljährlicher PICUM Rundbrief Juli – September 2013

[GRENZEN](#)

[VEREINTE NATIONEN](#)

[EUROPAPOLITIK](#)

[NATIONALE ENTWICKLUNGEN](#)

[GESUNDHEITSWESEN](#)

[ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN](#)

[UNDOKUMENTIERTE FRAUEN](#)

[UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN](#)

[ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG](#)

[VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN](#)

GRENZEN

ITALIEN / Aufrufe zu Reform von EU-Migrationspolitik nach Tragödie bei Lampedusa

Die Europäische Union geriet bezüglich ihrer Migrationspolitik unter Druck, nachdem am 3. Oktober 2013 in der Nähe der Insel Lampedusa ein Boot aus Libyen mit circa 500 meist eritreischen und somalischen Migrant/inn/en an Bord gekentert war. Nur 155 Personen überlebten. Diejenigen, die bei dem Unfall ums Leben kamen, erhielten die italienische Staatsbürgerschaft. Gegen die Überlebenden wurden Ermittlungen eingeleitet. Nach einem italienischen Gesetz gegen „heimliche Einwanderung“ droht ihnen eine Geldstrafe von bis zu 5.000 Euro pro Person für ‚irreguläres Eindringen‘. Die EU-Kommissarin für Inneres Cecilia Malmström bat die Minister/inn/en der 28 Mitgliedstaaten während eines Treffens in Luxemburg am 8. Oktober 2013, einem großflächigen Einsatz der EU-Grenzagentur *Frontex* zuzustimmen, der „sich über das gesamte mediterrane Becken von Zypern nach Spanien erstrecken sollte“. Unterdessen haben Menschenrechtsorganisationen die EU dafür kritisiert, dass sie vermehrt den Schwerpunkt auf Grenzsicherheit legt. Sie sind der Meinung, dass die EU Migrant/inn/en dadurch zwingt, unsichere Routen zu nehmen. Sie forderten von der EU, ihre Kooperationspolitik mit Drittstaaten in Sachen Migrationskontrolle zu korrigieren, bei der von Migrant/inn/en, Flüchtlingen und Asylsuchenden die in diesen Ländern erlittenen Menschenrechtsverletzungen ignoriert werden. Tausende von Migrant/inn/en kamen in den vergangenen Monaten an Italiens Südgrenze an, vor allem in Sizilien und Lampedusa. Viele von ihnen kommen aus Syrien, Ägypten oder Libyen. Der italienische Premierminister Enrico Letta hatte im August 2013 an das EU-Solidaritätsprinzip erinnert, nachdem mehrere Zwischenfälle zum Ertrinken von hunderten von Migrant/inn/en geführt hatten.

Quellen: [The Guardian](#), 8. Oktober 2013; [El País](#), 6. Oktober 2013; [Adnkronos](#), 11. August 2013.

MALTA / Internationale Verantwortung für gerettete Migrant/inn/en

Die Besatzung des unter liberianischer Flagge kreuzenden Öltankers *Salamis* rettete am 5. August 2013 102 schiffbrüchige Migrant/inn/en. Da er sich auf der Fahrt nach Malta befand, wollte der Kapitän des Schiffes sie dort auch absetzen. Malta verweigerte jedoch die Landung, was zu einer EU-weiten Debatte über die humanitäre Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten führte. Der Tanker wurde letztendlich von Italien aufgenommen, trotz einer Aufforderung der EU-Kommission an Malta, die notwendigen Schritte zu unternehmen und dem Boot zu erlauben dort anzulegen. Der maltesische Premierminister Muscat erklärte, dass er in einer ähnlichen Situation das nächste Mal dieselbe Haltung einnehmen würde. Im Juli 2013 hatte die maltesische Kinderkommissarin Helen D'Amato die Politik und Praxis solcher ‚push backs‘ - die die Ankunft von irregulären Migrant/inn/en verhindern sollen – als Verstoß gegen Kinderrechte und das Prinzip der Nichtabschiebung kritisiert. Sie brachte diese Sorge gegenüber den Ministern für Inneres und für innere Sicherheit öffentlich zum Ausdruck. Die Kommissarin äußerte auch gegenüber dem Gesundheitsminister ihre Besorgnis bezüglich Minderjähriger ohne Begleitung

Erwachsener und Familien mit Kindern, die trotz der Politik der Nichtinhaftierung von Kindern in Malta festgehalten werden.

Quellen: [EUROPA Press Release Rapid](#), 6. August 2013; [Malta Today](#), 8. August 2013; [Malta Independent](#), 13. Juli 2013

BERICHT / Neuer Bericht von Amnesty International weist auf die Lage von Migrant/inn/en und Flüchtlingen hin

Amnesty International (AI) veröffentlichte am 9. Juli 2013 einen Bericht unter dem Titel „Grenze Europa – Menschenrechtsverletzungen an Griechenlands Grenze zur Türkei“ (*Frontier Europe - Human rights abuses on Greece's border with Turkey*), im Rahmen der Kampagne „Griechenland: Hör auf Leben aufs Spiel zu setzen. Keine *push-backs* mehr!“ (*Greece: Stop putting lives at risk. No more push backs!*). Der Bericht weist darauf hin, dass Migrant/inn/en und Flüchtlinge, die versuchen, die EU über Griechenland zu erreichen, systematisch von der griechischen Grenz- und Küstenwache in die Türkei zurückgebracht werden. Das findet ohne jegliche Einschätzung der Situation der einzelnen Personen statt. Diese Verfahrensweise bringt das Leben von Menschen, einschließlich Kindern, in Gefahr und verstößt gegen nationales, internationales und EU-Recht. Der Bericht kann [hier](#) abgerufen werden. Um der Kampagne beizutreten, klicken Sie bitte [hier](#).

Quelle: [Amnesty International](#), 9. Juli 2013.

BERICHT / Maßnahmen und Grundrechtsprobleme für über den Seeweg einreisende Migrant/inn/en

The Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA) veröffentlichte im August 2013 einen Bericht unter dem Titel „Solidarität in der EU und Frontex: Grundrechtsprobleme“ (*EU solidarity and Frontex: fundamental rights challenges*). Darin wird das Ausmass analysiert, zu welchem Grundrechte während gemeinsamer EU- und Frontex-Einsätze auf See umgesetzt werden. Der Bericht kann [hier](#) heruntergeladen werden (auf Englisch).

VEREINTE NATIONEN

UNO / Spitzendialog fordert Maßnahmen, um Rechte von Millionen Migrant/inn/en zu schützen

Der zweite Spitzendialog der Vereinten Nationen zum Thema Migration und Entwicklung fand am 3. und 4. Oktober 2013 in New York statt. Das Ziel des zweitägigen Treffens war es, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kooperation zu identifizieren und die Vorteile internationaler Migration für Migrant/inn/en und Staaten zu verbessern, und gleichzeitig deren negative Auswirkungen zu reduzieren. Der Dialog drehte sich um Themen wie Zusammenhänge zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung, Mobilität von Arbeitskräften und Arbeitsbedingungen, sowie die Lage von besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen und Kinder in Migrationssituationen. Die Versammlung der 193 Mitglieder verabschiedete auch eine Erklärung zur Zusammenarbeit in Richtung einer effektiven und umfassenden Weichenstellung zu internationaler Migration, in die Entwicklungsaspekte integriert sind und welche Menschenrechte respektiert, indem sie die Leistungen existierender Institutionen und Rahmenbedingungen verbessert. Ferner verurteilte die Versammlung Rassismus und Diskriminierung gegenüber Migrant/inn/en. Um die Plenarsitzungen und Runden Tische der Debatten zu verfolgen, klicken Sie bitte [hier](#). Vor der Veranstaltung hatte die UNO-Generalversammlung am 15. Juli 2013 Führungskräfte aus der Zivilgesellschaft und Netzwerke aus aller Welt in New York zusammengebracht, damit sie den Regierungen während interaktiver Anhörungen ihre Erfahrungen und Empfehlungen vorstellen konnten. Die Anhörungen konzentrierten sich vor allem auf Schlüsselthemen des Fünfjahresplans der Zivilgesellschaft: Wanderarbeitnehmer/innen und Mobilität, Migrant/inn/enrechte und -schutz, Entwicklung und Diasporainitiativen, sowie Migrationsverwaltung und Partnerschaften. Die Reden aus den interaktiven Anhörungen sind [hier](#) zu finden. Für weitere Informationen über den Spitzendialog und die Beteiligung der Zivilgesellschaft, klicken sie bitte [hier](#).

Quellen: [Presseerklärung](#), UN News Centre, 3. Oktober 2013.

UNO / ILO Konvention über Hausangestellte tritt in Kraft

Die Konvention über Hausangestellte (*Domestic Workers' Convention*) (N°189) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist am 5. September 2013 in Kraft getreten. Sie erweitert das Grundarbeitsrecht auf alle Hausangestellten. Dem letzten ILO-Bericht unter dem Titel „Hausangestellte weltweit“ ([Domestic Workers Across the World](#)) zufolge gibt es weltweit 53 Millionen Hausangestellte, die meisten aus Asien und Lateinamerika. Diese Statistik schliesst nicht die minderjährigen Hausangestellten ein, deren Zahl auf weltweit 10 Millionen geschätzt wird. Bis heute haben [zehn Staaten die Konvention ratifiziert](#). Sie ist derzeit in Uruguay, den Philippinen und auf Mauritius in Kraft, und wird in den verbleibenden sieben Staaten ein Jahr nach dem Tag der Ratifizierung in Kraft treten.

Quellen: [International Labour Organisation](#), 5. September 2013; [IDMW](#), 4. September 2013.

UNO / Internationaler Tag der Jugend mit dem Thema Migration begangen

Der diesjährige Internationale Tag der Jugend am 12. August wurde nach dem Motto „Jugendmigration: Entwicklung voranbringen“ (*Youth Migration: Moving Development Forward*) begangen. Schätzungen der UNO zufolge gab es 2010 27 Millionen junge internationale Migrant/inn/en. Das Ziel Tages in 2013 war es, das Bewusstsein über die mit Jugendmigration verbundenen Möglichkeiten und Risiken zu stärken und junge Menschen in Diskussionen über ihre Migrationserfahrungen einzubeziehen. Betroffene Personen erinnerten an das Potential von jungen Migrant/inn/en, Entwicklung und Veränderungen voranzutreiben. Sie warnten aber auch vor schlechten Arbeitsbedingungen und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Ethnizität oder Religion. Für den kommenden Weltjugendbericht der Vereinten Nationen 2013, klicken Sie bitte [hier](#).

Quellen: UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) [Newsletter](#), Volume 17, No.08, August 2013; [Associated Press](#), 12. August 2013.

EUROPAPOLITIK

EU-PARLAMENT / Zustimmung zu Grenzkontrollsystem EUROSUR

Das Europäische Parlament stimmte am 9. Oktober 2013 dem Vorschlag der EU-Kommission zur Errichtung des [Europäischen Grenzkontrollsystems](#) (EUROSUR) zu. EUROSUR ist ein europaweiter Grenzüberwachungsmechanismus dessen Hauptanliegen wie folgt beschrieben werden: Erstens soll die Zahl undokumentierter Migrant/inn/en, die unbemerkt in die EU kommen, gesenkt werden, zweitens soll es zu weniger Todesfällen von Flüchtlingen kommen, die beim Versuch, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen, sterben und drittens die innere Sicherheit in der EU erhöht werden, indem ein Beitrag zur Verhinderung grenzüberschreitender Kriminalität geleistet wird. Die Einsätze sollen von den Mitgliedsstaaten in Kooperation mit der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) durchgeführt werden. Sowohl die EU-Kommission als auch diverse Medien betonten, dass durch EUROSUR zukünftige Flüchtlingstragödien wie jene vom 3. Oktober, bei der 360 Menschen ums Leben kamen, verhindert werden könnten. Allerdings ist der Planungsprozess für EUROSUR bereits seit 2008 in Gange und kritische Stimmen äußerten, dass dessen Ziel nicht Rettungsaktionen seien, sondern vielmehr die Sicherung der Außengrenzen der EU, um diese noch undurchdringlicher zu machen.

Quellen: [Europäische Kommission, Pressemitteilung](#) 9. Oktober 2013 (auf English); [Deutsche Welle](#), 11. Oktober 2013

EU-KOMMISSION / EU-Kommissarin Malmström warnt vor Abschiebungen

Auf dem Forum zur innereuropäischen Umverteilung von Migrant/inn/en (Relocation Forum) am 25. September 2013 betonte die EU-Kommissarin für Inneres Cecilia Malmström, dass das Zurückstoßen („push-backs“) von Flüchtlingen und Migrant/inn/en illegal ist und dem Grundsatz der Nichtzurückweisung widerspricht. Die EU-Mitgliedsstaaten haben den Zugang zu Asylverfahren zu gewährleisten. Das Forum zur Umverteilung dient der Diskussion sowie dem Informationsaustausch über gegenwärtige Belastungen und Erfahrungen mit der Umverteilung von Migrant/inn/en der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union untereinander. Das Instrument der Umverteilung könnte eine Möglichkeit für Mitgliedsstaaten mit derzeit wenigen Asylsuchenden sein, mehr Verantwortung im gemeinsamen System der EU zu übernehmen.

Quellen: [Rede der EU Kommissarin Cecilia Malmström](#) (englisch), Relocation Forum, 25. September 2013; [Malta Today](#), 26. September 2013

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GB / Regierung verpflichtet sich zur Reduktion irregulärer Migration

Nachdem der Quartalsbericht zur Migrationsstatistik ([Migration Statistics Quarterly Report](#)) im August 2013 einen Anstieg der Nettomigration in Großbritannien aufzeigte, verkündeten Regierungsbeamte, es werde neue Bemühungen geben, die Nettomigration einzudämmen. Laut dem Schattenminister für Immigration Chris Bryant „verschlimmert sich“ irreguläre Migration „immer mehr“, es werden „weniger Menschen an der Grenze gestoppt, mehr Menschen tauchen unter und weniger werden abgeschoben“.

Dies war eine Reaktion auf eine Rechtsklage gegen das britische Innenministerium. Das Ministerium musste die umstrittene Kampagne gegen undokumentierte Migrant/inn/en in London zurückziehen, im Zuge derer Lieferwagen mit dem Text 'go home or face arrest' („Nachhause oder Festnahme“) beschriftet gewesen waren (siehe [PICUM newsletter](#) 22. August 2013). In der Zwischenzeit hatte das britische Innenministerium drei Konsultationen zur Eindämmung irregulärer Migration durchgeführt: ein Vorschlag sieht vor, dass

Vermieter/innen den Aufenthaltsstatus ihrer Mieter/innen überprüfen, ein weiterer bezieht sich auf den Zugang zu Gesundheitsfürsorge für undokumentierte Migrant/inn/en, eine dritte Konsultation gab es zum Thema der irregulären Arbeit. Diese Beratungen wurden von Migrant/inn/envereinen u.a. dafür kritisiert, dass es im Fragebogen nur eine begrenzte Auswahl an Antwortmöglichkeiten gab.

Ein Vorschlag des britischen Abgeordneten Nadhim Zahawi für eine Amnestie der geschätzten 570.000 undokumentierten Migrant/inn/en, die in Großbritannien leben, wurde von Premierminister David Cameron entschieden abgelehnt. Nach Zahawi sei sie politisch vorteilhaft und könne nichtweißen Brit/inn/en vermitteln, dass die Konservative Partei auch sie repräsentieren kann.

Quellen: [BBC](#), 29. August 2013; [The Guardian](#), 12. August 2013; [The Huffington Post](#), 3. Juli 2013

BERICHT / Migration in Kroatien und Mazedonien

In einem neuen, am 29. Juli 2013 veröffentlichten Bericht des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes (Jesuit Refugee Services/ JRS) mit dem Titel '[From back door to front door: Forced migration routes through Macedonia to Croatia](#)' („Von der Hintertür zum Vordereingang: Routen der unfreiwilligen Migration durch Mazedonien und Kroatien“), werden die Erfahrungen von Einwanderer/inne/n in Mazedonien und Kroatien untersucht. Darin wird aufgezeigt, dass beide Länder eher Transitländer als Zielländer sind, wobei die Zahl der Migrant/inn/en, die die Region durchqueren, um in EU-Ländern Asyl zu beantragen, steigt. Angesichts des kürzlich erfolgten EU-Beitritts von Kroatien wird erwartet, dass die Zahl der Migrant/inn/en steigt, doch ist das Asylsystem des Landes bereits jetzt an seine Kapazitätsgrenzen gelangt. Der Bericht enthält auch eine Reihe von Empfehlungen, z.B. die ordnungsgemäße Implementierung der Asylregelungen der Europäischen Union in Kroatien, die Verbesserung der Bearbeitungskapazitäten und Versorgungsstandards sowie eine Fortsetzung der positiven kroatischen Politik des Dialogs und der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

RUSSLAND / Auffanglager mit über 1.000 undokumentierten Migrant/inn/en

Nach Polizeirazzien in Russland wurden tausende hauptsächlich aus Vietnam stammende undokumentierte Migrant/inn/en vorläufig in Auffanglagern angehalten. Medienberichten zufolge wurden innerhalb einer Woche rund 2.400 Personen durch die Moskauer Polizei festgenommen, in den Auffanglagern befinden sich über 1.000 Menschen. In vielen Fällen wurden die Reisepässe der Betroffenen von Arbeitgeber/inne/n beschlagnahmt, wodurch die Verfahren länger dauern und der Aufenthalt in den Lagern zeitlich unbestimmt bleibt. Menschenrechtsaktivist/inn/en drängten auf eine Untersuchung von Menschenhandelsfällen und Zwangsarbeit anstelle der ausschließlichen Verfolgung von Migrant/inn/en aufgrund ihres irregulären Aufenthaltes.

Quellen: [Ria Novosti](#), 4. August 2013

GESUNDHEITSWESEN

BELGIEN / Abschiebung aidskranker Asylsuchender

In Belgien hat sich die Anzahl der Abschiebungen aidskranker, nicht anerkannter Asylsuchender erhöht. Philippe Mahoux, der Präsident der Sozialistischen Gruppe, hat die Staatssekretärin für Asyl und Migration Maggie De Block um eine schriftliche Klarstellung zu dieser Angelegenheit gebeten, da die Unterbrechung antiretroviraler Therapien ernste gesundheitliche Probleme für die betroffenen Asylsuchenden und Migrant/inn/en bedeuten kann.

Quelle: [Le Soir](#), 30. August 2013

SPANIEN / Zugang zum Gesundheitswesen für undokumentierte Migrant/inn/en

Amnesty International verurteilte am 4. Juli 2013, dass in Spanien derzeit 873.000 undokumentierte Migrant/inn/en als Folge der jüngsten Änderungen des Gesundheitssystems keine Krankenversicherungskarte besitzen. Aufgrund der Rechtsreform sind undokumentierte Migrant/inn/en lediglich dazu berechtigt, medizinische Notfallversorgung, Entbindungen sowie nachgeburtliche Betreuung zu erhalten. Allerdings wird dieses Gesetz in den verschiedenen autonomen Regionen unterschiedlich angewendet; in Asturien z.B. wird undokumentierten Migrant/inn/en Unterstützung garantiert, während in der Region Madrid massive Hürden im Zugang zu Gesundheitsdiensten bestehen. Verschiedene zu diesem Thema arbeitende NGOs haben die relevanten Regierungsstellen über die anhaltenden Probleme für Migrant/inn/en informiert.

Quellen: [El Pais](#), 1. September 2013; [El Mundo](#), 4. Juli 2013

GB / Medical Justice-Bericht über schwangere Frauen in Abschiebehaft

Die in Großbritannien tätige gemeinnützige Organisation Medical Justice publizierte vor kurzem den Bericht '[Expecting Change: The Case for Ending the Immigration Detention of Pregnant Women](#)', welcher die

Geschichte, Politik und Gesetzgebung bezüglich der Inhaftierung schwangerer Frauen analysiert. Das Innenministerium führt nicht Buch darüber, wie viele schwangere Frauen inhaftiert werden, was der Frage Anlass gibt, wie effizient die Politik, schwangere Frauen nur in äußersten Ausnahmefällen zu inhaftieren, durchgeführt wird.

Quelle: [Medical Justice](#), 20. Juni 2013

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

GRIECHENLAND / Anhaltende Berichte über Ausbeutung irregulärer Wanderarbeitnehmer/innen

Nach Veröffentlichung der Reportage 'Wir träumten von Europa und wachten als Sklaven in Megara auf' am 31. August 2013 in der griechischen Zeitung *Elftherotypia*, welche die präkären Umstände beschreibt, denen Wanderarbeitnehmer/innen in der Stadt Megara ausgesetzt sind, hat ein Staatsanwalt weitere Untersuchungen eingeleitet. Eine der schwerwiegendsten Beschwerden des Berichts betrifft die pakistanische Community in Megara. Der Vorsteher dieser Gemeinschaft erklärte, dass ungefähr 1.000 reguläre sowie 700 undokumentierte Pakistaner/innen dort in Hühnerställen lebten und 15 Stunden täglich für einen minimalen bzw. sogar ohne Lohn arbeiteten. Diese Gruppe war mutmaßlich Opfer eines massiven organisierten Menschenhandelsbetrugs eines einheimischen Mannes, der falsche Versprechungen machte, Freunden und Verwandten zu helfen, an Visa zu gelangen und sie dadurch um ihren Lohn betrog. Dieser Vorfall ereignete sich nach der Erschießung von 28 Wanderarbeitnehmer/innen aus Bangladesch während einer Tarifauseinandersetzung über ausstehende Löhne auf einer Erdbeerplantage im griechischen Manolada am 17. April 2013, was ebenfalls die Notlage tausender, hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeitender Migrant/inn/en ans Licht brachte (siehe [PICUM Rundbrief](#), 17. Mai 2013). Die griechische Regierung gewährte lediglich eine zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigung an 35 verletzte Migrant/inn/en. Der Greek Council for Refugees (GCF) (griechischer Flüchtlingsrat) verlangt allerdings eine Aufenthaltsgenehmigung für alle 150 betroffenen Wanderarbeitnehmer/innen sowie die offizielle Anerkennung, dass dieses Verbrechen rassistisch motiviert war. Laut griechischen Medien haben unter anderem die All-Workers Militant Front (PAME) und das Amaliada Labour Center durch das Einlegen einer Beschwerde beim Obersten Gerichtshof die Bestrafung krimineller Arbeitgeber/innen verlangt.

Quellen: [EneEnglish](#), 5. September 2013; [Elftherotypia](#), 31. August 2013; [El País](#), 30. Juni 2013

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

MENSCHENHANDEL / Neues Handbuch beschreibt Erfahrungen weiblicher Opfer von Menschenhandel

Grenzfrau (Mujer Frontera), ein Netzwerk von Migrantinnen, darunter zahlreiche Opfer von Menschenhandel, hat ein neues Handbuch zu diesem Thema veröffentlicht. Der auf Englisch, Französisch und Spanisch erhältliche Leitfaden bietet Opfern Rat, identifiziert die existierenden Unterstützungsmechanismen, analysiert die wichtigsten Politikinstrumente und fasst die Erfahrungen dieser Frauen zusammen. Er ist [hier](#) als Download erhältlich.

GLOBAL / Lancierung der Website Arbeitsgruppe Frauen und globale Migration

Die Women and Global Migration Working Group (WGMWG) (Arbeitsgruppe Frauen und globale Migration) wurde während eines Treffens der Association for Women's Rights in Development ([AWID](#)) (Verband für Frauenrechte in der Entwicklung) im April 2012 gegründet. Diese Arbeitsgruppe hat das Ziel, die Gender-Analyse innerhalb der weltweiten Bewegung für Migrant/inn/enrechte zu stärken und sie besteht derzeit aus nationalen, regionalen, and globalen Organisationen. WGMWG hat eine neue [Website](#) lanciert und zudem das [Advocacy-Dokument](#) des Women and Global Migration Caucus (Ausschuss Frauen und Globale Migration) für den Spitzendialog der Vereinten Nationen zu Migration und Entwicklung präsentiert. Dieses Dokument ist auf [Englisch](#), [Französisch](#) und [Spanisch](#) einsehbar.

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

BERICHT / Umsetzung von Vereinbarungen mit dem Ziel der Abschaffung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit bis zum Jahr 2016

Die internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organisation) veröffentlichte kürzlich einen Leitfaden mit dem Titel: '[Implementing the Roadmap for Achieving the Elimination of the Worst Forms of Child Labour by 2016](#)'. Dieser Leitfaden stellt das nötige Wissen sowie die Fähigkeiten und Werkzeuge zur Verfügung, mit denen nationale Politiker/innen, Praktiker/innen und andere wichtige Akteure und Akteurinnen das Problem Kinderarbeit

in Angriff nehmen können. Der Leitfaden hebt insbesondere die undokumentierten Kinder hervor, für die die Gefahr von Kinderarbeit, Ausbeutung und Menschenhandel groß ist.

SPANIEN / Oberster Gerichtshof kommt zu dem Schluss, dass der Schutz der Familiengemeinschaft von Migrant/inn/en deren Abschiebung verhindern kann

In einem Urteil vom 15. März 2013 hob der oberste Gerichtshof von Madrid (Tribunal Superior de Justicia de Madrid) die Abschiebung eines Familienvaters mit Migrationshintergrund auf, mit der Begründung, dass das Recht eines Kindes „mit seinen Eltern zu leben und aufzuwachsen und von ihnen erzogen zu werden“, vorrangig sei. Obwohl die spanische Gesetzgebung nicht explizit festschreibt, dass die Abschiebung von Migrant/inn/en von deren Privat- oder Familienleben abhängig gemacht werden darf, urteilte das Gericht, dass in dem Fall, dass diese Einschränkung aus den allgemeinen Zielen der Gesetzgebung abgeleitet werden können, Migrant/inn/en nicht abgeschoben werden könnten. Es urteilte weiterhin, dass der Artikel 39 der spanischen Verfassung, der das Familienleben rechtlich schützt, ein Grundprinzip des spanischen Rechtssystems sei und somit auch für Familien mit Migrationshintergrund im Falle der Abschiebung Gültigkeit habe.

Quelle: [Colegio de Abogados de Madrid](#), 29. Mai 2013

EU PARLAMENT / Resolution zur Situation von unbegleiteten Kindern

Das Europäische Parlament verabschiedete am 12. September 2012 eine Resolution, die die EU dazu auffordert, strategische Richtlinien zum besseren Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu entwickeln, die in allen Mitgliedsländern angewandt werden. Der Bericht war eine Reaktion auf den Zwischenbericht der Kommission zum Maßnahmenkatalog in Hinblick auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die strategischen Richtlinien fordern die Mitgliedsstaaten auf, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge angemessen zu schützen, ungeachtet ihres Status. Dies beinhaltet den Zugang zu rechtlicher und psychologischer Unterstützung, zu Bildung und Gesundheitsleistungen ebenso wie eine feste Unterkunft, getrennt von den Erwachsenen und niemals in abgeschlossenen Zentren. Die Resolution und die Richtlinien finden Sie [hier](#).

EU / Neue Entscheidung zur Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten bei Asylanträgen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Der oberste Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg kündigte am 6. Juni 2013 eine neue Entscheidung in Hinblick auf die Dublin II-Verordnung an. Falls ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling in einem Mitgliedsland bereits einen Antrag auf Asyl gestellt hat und danach in einen anderen Staat umzieht und einen weiteren Asylantrag stellt, ist das Mitgliedsland zuständig, in dem sich der Minderjährige gegenwärtig aufhält. Diese Entscheidung folgt der Forderung, dass alle Handlungen der Behörden, die das Kindeswohl betreffen, immer das beste Interesse des Kindes im Blick haben sollten und somit ein Transfer in ein anderes Mitgliedsland vermieden werden soll.

Quelle: [Presseerklärung des Gerichtshofs der Europäischen Union](#), 6. Juni 2013

UK / Gericht bestätigt die Pflicht der lokalen Behörden, während eines laufenden Gerichts- oder Berufungsverfahrens bedürftigen Kindern Unterstützung zu gewähren.

In einem aktuellen Urteil bestätigte das Berufungsgericht die Entscheidung der bisherigen Rechtsprechung (Birmingham City Council v Clue [2010] EWCA Civ 460), dass die Behörden vor Ort für Familien mit Kindern, die entweder einen aktuellen Antrag gestellt oder Berufung bei den Einwanderungsbehörden eingelegt haben, oder bei denen ein anderer Hinderungsgrund zur Rückkehr ins Heimatland vorliegt, Unterkunft, Unterstützung und Hilfe gewährleisten müssen. Bei dem Fall handelte es sich um ein nigerianisches Paar, das seit 2002 illegal in den UK lebte und drei Kinder im Alter zwischen 2 und 8 Jahren hatte, die alle in Großbritannien geboren waren. Das County Council erklärte sich bereit, der Familie während des laufenden Gerichtsverfahrens eine Unterkunft bereitzustellen. Das Gericht befand im vorliegenden Fall und unter Berücksichtigung der Beweislage, dass die lokale Behörde die Unterstützung nicht hätte beenden dürfen, als der Familie der Aufenthalt verweigert wurde und bevor sie die Gelegenheit hatte, ihr Recht, Berufung gegen die Entscheidung einzulegen, auszuüben und ihr Anrecht auf Privat- und Familienleben zu schützen. Lesen Sie das vollständige Urteil [hier](#).

Quelle: [Migrant Children's Project Newsletter](#), August 2013

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

GB / Kinder werden weiterhin inhaftiert

Nach Angaben des Innenministeriums des Vereinten Königreichs werden Kinder unter 18 Jahren nach wie vor in vielen Inhaftierungsanstalten für erwachsene Immigrant/inn/en festgehalten, nachdem die Koalitionsregierung

bereits zwei Jahre zuvor die Beendigung dieser Inhaftierungen angekündigt hatte. Kürzlich veröffentlichte Zahlen des Innenministeriums zeigen, dass die Zahl der inhaftierten Kinder sich von 127 im Jahr 2011 auf 242 2012 fast verdoppelt hat. Seit 2010 wurden insgesamt 444 Kinder inhaftiert, trotz mehrmaliger Beteuerungen seitens der Regierung, dass die Festnahme von Kindern längst der Vergangenheit angehöre.

Quellen: [Children & Young People Now](#), 30. July 2013; [The Independent](#), 1. September 2013

USA / Monetäre Kosten für Inhaftierungen

Im August 2013 veröffentlichte das nationale Immigrationsforum ‚Die Mathematik der Immigranteninhaftierungen‘ – eine Reportage über die Einsparungen, die die US-Regierung erzielen könnte, wenn sie in effizientere Alternativen zur Inhaftierung investieren würde. Laut diesem Bericht inhaftierte der Einwanderungs- und Zollermittlungsdienst (ICE) im Jahr 2011 insgesamt 429.247 Einwanderer und lässt sich das jährlich fast 2 Milliarden Dollar kosten. Bei einer etwaigen Einführung alternativer Maßnahmen für die Inhaftierten könnten die Kosten um 80% reduziert werden, was einer Einsparung von 1,44 Milliarden Dollar pro Jahr entspricht. Nichtsdestotrotz lässt das Budget des Repräsentantenhauses für das Steuerjahr 2014 auf eine Erhöhung der Kosten für Immigranteninhaftierungen auf 5,6 Mio Dollar pro Tag schließen, wovon ein Großteil an größere private Gefängnisunternehmen gehen, die für die Führung der Inhaftigungsanstalten zuständig sind.

Quelle: [The National Immigration Forum](#), 29. August 2013; [The Huffington Post](#), 29. August 2013

SCHWEIZ / Entschädigung für unangemessene Haftbedingungen

Ein Gericht in Genf sprach kürzlich einem Migranten eine Entschädigung zu, dessen Haftbedingungen unter dem europäischen Minimalstandard waren. Der Kläger war, zusammen mit 5 anderen, 24 Tage und Nächte in einer 23 m² großen Haftzelle eingesperrt, was unter dem Wohnflächenmindestmaß von 4 m² pro Person liegt, so wie es vom Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter des Europarats gefordert wird. Diese Gegebenheiten verletzen darüber hinaus Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (ECHR), der festgelegt, dass abhängig von den Umgebungsbedingungen eine Wohnfläche zwischen 3 und 4 m² einer unmenschlichen und/oder entwürdigenden Behandlung gleichkommt. Das Gericht in Genf betonte, dass Mittelknappheit keine unzulässigen Haftbedingungen rechtfertigt und verwies auf die über 80 Häftlinge, die im Gefangenenlager auf dem Boden schlafen mussten.

Quelle: Migration Policy Group ‚Migration News Sheet‘, Ausgabe Juli 2013

GB / Untersuchungsgericht stellte die „gesetzeswidrige“ Tötung von Jimmy Mubenga fest

Ein Untersuchungsgericht in Großbritannien stellte am 9. Juli 2013 fest, dass Jimmy Mubenga, der während seiner Deportation von London in seine Heimat Angola starb, unter rechtswidrigen Bedingungen zu Tode kam. Mubenga starb am 12. Oktober 2010 (dazu [PICUM Bulletin](#) – 07. Dezember 2010), 40 Minuten nachdem er ein Flugzeug der British Airways (BA) bestiegen hatte, wo er von 3 G4S-Wachen mit rücklings gefesselten Händen an einen Sitz gefesselt wurde. Nach Angaben von Passagieren schrie Mubenga, dass er nicht atmen könne, dass er sterben würde und Hilfe brauche. Weder die Passagiere noch die BA-Crew kamen ihm zur Hilfe. Die 3 Wachen der G4S, einer privaten Sicherheitsfirma, wurden für nicht schuldig befunden.

Quelle: [The Guardian](#), 9. Juli 2013

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

STUDIE / ‚Illegal‘ in den britischen Medien meist genutzte Beschreibung für ‚Einwanderer‘

Um die entscheidende Rolle der britischen Tageszeitungen im Diskurs über Migration und den Einfluss der Medien zu untersuchen, führte die Beobachtungsstelle für Migrationsbewegungen der Universität Oxford eine Studie durch, in der alle 20 führenden britischen Tages- und Wochenendzeitungen zwischen 2010 und 2012 einbezogen wurden. Mit Hilfe von Computerprogrammen und Codern wurde in der Studie das Vokabular von ca. 58.000 Schriftstücken erfasst. Das Wort ‚illegal‘ war dabei das gebräuchlichste Attribut für ‚Einwanderer‘, wohingegen das Wort ‚abgewiesen‘ am häufigsten im Zusammenhang mit ‚Asylsuchende/r‘ zu finden war. Die Untersuchung konzentrierte sich mehr auf die Erklärung der Ergebnisse als darauf, Rückschlüsse aus Migrationsdebatten zu ziehen. Die vollständige Studie finden Sie [hier](#).

Quelle: [The Migration Observatory](#), August 2013